



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

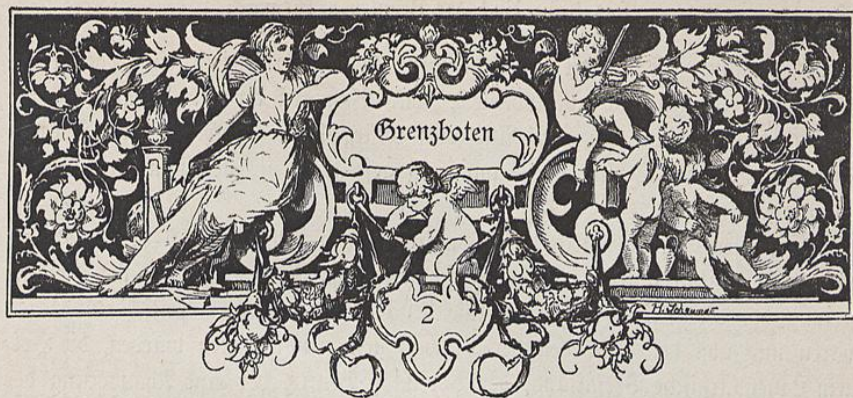
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das kleine Buch des Herrn von Bismarck. 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das kleine Buch des Herrn von Bismarck.

1.



Schon wiederholt haben wir in diesen Blättern ausführlich auf das Quellenwerk v. Poschingers zur Charakteristik und Biographie Bismarcks als Diplomaten aufmerksam gemacht, das unter dem Titel Preußen im Bundestag im Verlage von S. Hirzel zu Leipzig erscheint. Jetzt, wo der dritte Band veröffentlicht und das Werk damit zu Ende geführt ist, kommen wir auf dasselbe zurück, indem wir den neuer erschienenen Band einer übersichtlichen Besprechung unterziehen und aus einem seiner Schriftstücke, welches uns als das wichtigste erscheint, die wesentlichsten Stellen mitteilen.

Dieser dritte Band ist erheblich stärker als die beiden vorhergehenden; er hat nicht weniger als 541 Seiten und umfaßt über 200 Urkunden, welche sich über die Zeit vom 27. Mai 1856 bis zum 1. März 1859 verteilen, also bis zu dem Zeitpunkte, wo Bismarck, vom Prinz-Regenten Wilhelm, dem jetzigen König und Kaiser, zum Gesandten am russischen Hofe ernannt, die Frankfurter Geschäfte an seinen Amtsnachfolger beim Bunde, Herrn von Asedom, übergab. Eine Einleitung, die gewissermaßen die Quintessenz des mitgeteilten Materials gäbe, ist, wie beim zweiten Teile, auch diesmal weggeblieben, dagegen ist durch zahlreiche Anmerkungen des Herausgebers, die von dem Fleiße wie von der Kenntnis desselben rühmliches Zeugnis ablegen, genügend dafür gesorgt, daß der Leser über nichts im unklaren bleibe. Viele der mitgeteilten Berichte sind von hoher Wichtigkeit, einzelne wahre Kabinetsstücke diplomatischer Kunst. Namentlich die „Denkschrift, betreffend die Notwendigkeit der Inaugurierung einer selbständigen preußisch-deutschen Politik,“ in der diplomatischen Welt „Das kleine Grenzboten I. 1883.“

Buch" genannt (sie nimmt nicht weniger als 26 Druckseiten ein), gehört zu dem inhaltreichsten und wertvollsten, was Bismarck an seine Regierung von Frankfurt aus geschrieben hat. Aus dem März 1858 stammend, vom Herausgeber aber an den Schluß der Sammlung gestellt, ist sie gleichsam der Edelstein im Ringe.

Die Gegenstände, durch die Bismarck in den Jahren 1856 bis 1859 am meisten beschäftigt wurde, waren die schweizerische Frage, die sich um die Befreiung der Royalisten drehte, welche bei dem Neuenburger Putsch unterlegen waren und von den Behörden der Schweiz gefangen gehalten wurden, die Holstein-Lauenburgische Verfassung, der Vorschlag Beusts, der eine Abänderung der Bundesverfassung bezweckte, und der Ausbau sowie die Besetzung der Bundesfestungen, über welche in Frankfurt mit verdrießlichster Weitläufigkeit und allen möglichen Känken verhandelt wurde. Denn die Zeiten hatten sich seit dem Krimkrieg wesentlich anders gestaltet. Die Minister der Kleinstaaten und die Gesandten der letztern beim Bunde nahmen jetzt eine abwehrende, ja auf Angriff gerichtete Stellung zu Preußen ein, unter dessen Fittichen sie während jenes Konflikts wiederholt Schutz gegen Österreichs Ansprüche gesucht hatten. Die Periode der orientalischen Wirren, in welcher die Mehrheit der deutschen Staaten in deren eigenem Interesse sich in einem gewissen Zusammenhange mit der preußischen Politik gehalten hatte, war geeignet gewesen, die Täuschung hervorzurufen, daß die Gemeinsamkeit der rein deutschen Interessen ein natürliches Band bilde. Daß dieses nur ein lockeres war, wußte man in Berlin, und jetzt bestätigte sich dies, indem die Mittelstaaten die Mißachtung der Stellung, zu der Preußen berechtigt war, soweit trieben, daß man ihm selbst wenigbedeutende Zugeständnisse verweigerte.

Im Vergleich mit frühern Verhandlungen des Bundesausschusses über Fragen der europäischen Politik und im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die man in Wien, München und Dresden anfänglich zu machen geneigt schien, war die rasche Erledigung des preußischen Antrages in der Neuenburger Angelegenheit anscheinend ein günstiges Zeichen. Näher betrachtet aber war sie der Meinung zuzuschreiben, daß sich die Beziehungen Preußens zu Frankreich in der damaligen Zeit freundlicher gestaltet hätten. Die Bundesverfassung an sich und besonders die Richtung, nach welcher Österreich und die Mittelstaaten sie auszubilden bestrebt waren, bot Preußen kein Mittel, seinen Einfluß in Deutschland über das Maß der ihm zustehenden einen Stimme unter siebzehn zu vermehren. Hätte man von auswärtigen Beziehungen in der deutschen Politik absehen können, so würden die Gründe, welche die Bundesgenossen Preußens zum Widerstande gegen dasselbe zu haben glaubten, Preußen ohne Zweifel in allen Stücken in den Zustand einer Minderheit am Bunde versetzt, und das Bestreben, die Befugnis der Mehrheit zu erweitern, würde bald Erfolge zu verzeichnen gehabt haben. Sobald aber die auswärtigen Verhältnisse sich in einer

Weise entwickelten, die den europäischen Frieden zu bedrohen schien, stieg sofort auch in Deutschland der Wert, welchen Preußen vermöge seiner militärischen Kräfte und seiner sonstigen Hilfsmittel für das Ausland hatte; nicht minder wurden die Hoffnungen mit in Rechnung gezogen, mit welchen die wesentlichsten Elemente der öffentlichen Meinung in Deutschland auf Preußen blickten, wegen diese Hoffnungen in friedlichen Zeiten nur das Mißtrauen und die Abneigung der kleinstaatlichen Regierungen gegen dasselbe verstärkten. Immer aber stellte sich bei kritischer Lage heraus, daß der Glaube der letztern an den Bund und seine Verfassung auf schwachen Füßen stand. Man war vollständig darauf gefaßt, daß jede deutsche Regierung zu Gunsten auswärtiger Verbindungen, falls sie Vorteile versprächen, dem Bunde den Rücken kehren werde. Man war davon überzeugt, weil man selber entschlossen war, so zu handeln. Es gab unter den mit einer Virilstimme bedachten deutschen Fürsten keinen einzigen, der aus Bundestreue seine eigne Stellung ernstlich aufs Spiel gesetzt haben würde. Der etwaige Kampf sich widersprechender Pflichten würde nicht lange gewährt haben, da jeder dieser kleinen Potentaten samt seinen Räten ganz ehrlich der Meinung war, daß die Verpflichtungen gegen seine Dynastie, dann die gegen seine Unterthanen viel dringender seien als die gegen den Bund. Dieser selbst hatte niemals eine andre Auffassung von seiner Bestimmung gehabt, als die, daß er sich in festem Bündnisse mit Österreich, Preußen und Rußland gegen Angriffe Frankreichs oder gegen innere Gegner zu verteidigen habe. So lange er sicher war, die drei östlichen Großmächte als Deckung hinter sich zu haben, konnte er auf Haltbarkeit rechnen. Sobald aber Rußland aus solchem Zusammenhange schied, ohne daß Frankreich sich ihm angeschlossen — was nach dem Krimkriege eingetreten war —, verlor die Bundesakte jeden Halt und Wert. Wurde Deutschland von Frankreich und Rußland zugleich bedroht, so hätten Preußen und Österreich so fest zusammenhalten mögen, als nur denkbar war, sie hätten doch nur diejenigen Bundesstaaten in ihrem Lager gesehen, welche sie dazu zwingen konnten, oder welche außer Stande waren, mit den Gegnern ein vorteilhaftes Abkommen zu treffen. Es wäre somit ein verhängnisvoller Irrtum gewesen, wenn Preußen seiner Politik für die Zukunft die Annahme zu Grunde gelegt hätte, daß die Mittel- und Kleinstaaten die Bundesverträge unter allen Umständen halten würden, und daß es in dem Falle eines Krieges mit Frankreich, in welchem Österreich und Rußland nicht an seiner Seite wären, auf erheblichen Beistand von Bundesstruppen hoffen dürfte. Vielmehr war mit Sicherheit anzunehmen, daß ein Bündnis Frankreichs mit Rußland oder mit Österreich den Bund im Kriegsfall ohne weiteres sprengen würde.

Die österreichische Regierung verfolgte in Deutschland nur den einen Zweck, die Verfügung über die Gesamtkraft des Bundes für ihre auswärtige Politik und für die Kräftigung ihrer Finanzen, sowie für die Förderung ihrer Verkehrsinteressen zu erlangen, für letztere aber den Zollverein in die Hand zu be-

kommen, und da Preußen dabei das Haupthindernis war, so gingen alle Anstrengungen der Wiener Staatsmänner in Deutschland dahin, Preußen in das Kielwasser ihrer Politik hineinzunötigen und darin festzuhalten. Das wirksamste Rüstzeug dazu war der deutsche Bund. Bis 1848 wurde derselbe seiner ursprünglichen Bestimmung gemäß als ein Schutzverein gegen Kriege und Revolutionen angesehen und behandelt. Die Rolle eines obersten Gesetzgebers für Deutschland übertrug man ihm nur mit Vorsicht und nur in solchen Fällen, wo alle Mitglieder oder doch Preußen und Österreich einverstanden waren. Seit seiner Wiederherstellung im Jahre 1851 aber war Österreich eifrigt bemüht, den Wirkungskreis der Bundesbeschlüsse zu erweitern und den der einzelnen Regierungen zu beschränken. Dem Fürsten Schwarzenberg war es nicht entgangen, welche Vorteile der Vorsitz im Bunde und die Leichtigkeit, bei demselben Preußen gegenüber Mehrheiten zustande zu bringen, Österreich gewährten, falls es gelang, die äußere und innere Politik der einzelnen Bundesstaaten mehr als bisher von den Bundesbeschlüssen abhängig zu machen. Die Umwälzung der innern Einrichtung Österreichs, vermöge deren das deutsche Element des Kaiserstaates der alleinige politische Träger der Regierung zu werden bestimmt war, gebot einen engeren Anschluß an Deutschland. Der überwiegende Einfluß Österreichs auf die Beschlüsse der meisten Bundesregierungen war gesichert. Der Diplomat, der Minister, der sich nicht fügte, der es wagte, die Interessen seines Landes gegen die Forderungen des Wiener Kabinetts zu vertreten, wurde mit allen möglichen Kränken solange verfolgt, bis er nachgab. Man verbündete sich mit jeder Opposition gegen ihn, besonders mit der ultramontanen, knüpfte Verbindungen mit seinen Gegnern bei Hofe an und verschmähte es nicht, ihn auf dem Wege der fürstlichen Familienkorrespondenz zu verdächtigen. Außerordentlich wurde dieses Spiel durch außeramtliche Agenten aller Art erleichtert. Der Wiener Politik stand die ganze Miliz der Jesuiten zu Gebote, desgleichen die ultramontane Geistlichkeit, und in Süddeutschland gab es im Staats- und Hofdienste kaum einen Mann von Bedeutung, der nicht Angehörige im österreichischen Heere oder Beamtentume gehabt hätte und auf diesem Wege zu gewinnen und zu beeinflussen gewesen wäre. Dazu kamen die Furcht vor preußischen Eroberungen, die durch die geographische Lage Preußens genährt wurde, und die Erinnerung an die Unionspolitik von 1849 den Bemühungen Österreichs auf halbem Wege entgegen und machten ihm jeden Erfolg leicht. Die Bundesregierungen wußten endlich aus Erfahrung, daß Wien seine Forderungen niemals fallen ließ, seine hervorragendste Eigenschaft war Zähigkeit, und so betrachteten sie es als ganz natürlich, daß Preußen, wenn zwischen ihm und Österreich Meinungsverschiedenheiten entständen, durch bundesfreundliche Nachgiebigkeit die Eintracht herstellen müsse.

Indem so der überwiegende Einfluß Österreichs auf die Haltung der meisten deutschen Regierungen bei Bundesbeschlüssen gesichert war, kam es nur noch

darauf an, die Geltung solcher Beschlüsse zu erweitern und die freie Entschliebung der Einzelstaaten zu Gunsten der Bundesversammlung zu beschränken. Man begann hier mit den populärsten Gegenständen, den materiellen Interessen, der Zoll- und Handelsgesetzgebung. Die Mehrheit der süd- und mitteldeutschen Zeitungen wurde von Österreich in Sold genommen, um den Bund, der jetzt nicht viel mehr als das Werkzeug und Mundstück der Wiener Politik war, als alleinigen Förderer der öffentlichen Wohlfahrt und jede preussische Bestrebung auf dem Gebiete derselben als gemeinschädlichen Partikularismus darzustellen. Sobald man am Bunde dem Widerspruche Preußens begegnete, fing man an, die Behauptung von der Zulässigkeit von Mehrheitsbeschlüssen in allen den Angelegenheiten aufzustellen und geltend zu machen, die bis dahin als Gegenstände freier Vereinbarung angesehen worden waren. Man ging soweit, zu behaupten, daß die Mehrheit selbst darüber zu entscheiden habe, ob eine Frage zur Kompetenz des Bundestags gehöre, oder ob der einzelne hierbei seiner Ansicht folgen dürfe. Wurde das erstere bejaht, so war die Mehrheit und damit in Friedenszeiten Österreich in Deutschland allmächtig geworden und die Mediatisirung der Bundesstaaten mit Einschluß Preußens ausgesprochen.

Demnächst wurde bei auswärtigen Fragen die neue Lehre von einer „Bundespolitik“ eingeführt und zuerst während des orientalischen Krieges, dann bei den Verhandlungen über die Neuenburger Frage der Grundsatz geltend zu machen versucht, daß der Bund in Betreff seiner auswärtigen Politik durch Mehrheit beschließe, und daß die Einzelstaaten desselben ihre Haltung nach diesen Beschlüssen einzurichten hätten. Bemühte man sich auf diesem Wege, einem großen Staate wie Preußen das Recht zu eigener auswärtiger Politik zu entziehen, so konnte jenes sich fragen, ob dies ernst gemeint sei, oder nur in der Absicht betrieben werde, den Bund zu lockern oder ganz zu zersprengen. Dies war indeß nicht der Fall; denn jene Behauptung wurde in einer Sitzung des Bundestags vom Vertreter Württembergs aufgestellt, und fast alle Gesandten mit Einschluß desjenigen der Präsidialmacht stimmten ihr bei, der Württemberger aber war gerade der eifrigste unter den Vorkämpfern für die Befestigung und Erhöhung des Bundes. Die kleinern Staaten hielten überhaupt einstweilen sehr entschieden am Bunde fest, indem sie sich vorbehielten, abzufallen, wenn die Sorge für die eigne Sicherheit es empfehlen sollte. So lange dies nicht der Fall war, sahen sie im Bunde die Gewähr ihres bequemen Fortlebens und ihre Minister (man denke z. B. an Beust) das Piedestal ihrer Wichtigkeit, von dem herab sie über die Angelegenheiten Preußens, ganz Deutschlands, ja ganz Europas dreist und gefahrlos mitreden konnten. Mit der Herrschaft der Bundesversammlung über die einzelnen Regierungen wuchs die Wichtigkeit der Mittelstaaten und nahm die Preußens ab; jene bildeten das Material zu den österreichischen Majoritäten und gaben sich mit Freuden her zur Herabdrückung Preußens auf ihr eignes Niveau. Preußen sollte, wie gesagt, immer die

Minorität in der Bundesversammlung haben, auch wenn es Österreich gegenüber noch so sehr im Rechte war und eine überirdische Geschicklichkeit und Liebenswürdigkeit an den Tag legte. Alle, klein und groß, boten sich die Hand, um das Netz der Bundesverfassung über dem Haupte des „emporgekommenen“ preussischen Staates zusammenzuziehen.

Österreichs Absicht lief offenbar darauf hinaus, einen Gegenstand nach dem andern durch Majoritätsbeschlüsse zur „Bundesgesetzgebung“ heranzuziehen und Preußen zu majorisieren, bis es erklärte, sich nicht mehr fügen zu wollen. Dann war es reif zur Bundesezekution.

Dies zur Einleitung in unsre Auszüge aus dem „kleinen Buche“ Bismarcks, welches gleichsam sein Testament bei seinem Scheiden aus Frankfurt war und seinem Nachfolger eine Anweisung werden sollte, wie er sich zu verhalten habe. Bismarcks Amtsthätigkeit während der fast siebenjährigen Periode, in der er Preußen in der Bundesversammlung vertrat, war ein ununterbrochener Kampf gegen Übergriffe aller Art gewesen, gegen unablässige Versuche, den Bund zum Werkzeug zur Erhöhung Österreichs und zur Erniedrigung Preußens zu gestalten, und er hatte während desselben reichliche Beobachtungen und Erfahrungen machen und daraus Schlüsse ziehen können, die in jenem „kleinen Buche“ noch einmal zusammengefaßt wurden. Dasselbe enthält eine Fülle von Staatsweisheit. Scharfblick, tiefdringender und vielumfassender Verstand, diplomatische Gewandtheit und ein maßvoller Sinn, endlich echter Patriotismus sprechen gleich deutlich aus ihm und machen es zu einem politischen Dokumente ersten Ranges. Man hätte es nicht das kleine, sondern das goldne Buch nennen sollen, auch wenn es Herrn v. Schleinitz etwa gleich andern Berichten Bismarcks nicht so gefallen hätte als Herrn v. Manteuffel, der in den letzten Jahren seiner Thätigkeit als Chef der preussischen Diplomatie in allen Stücken den Gedanken und Ratsschlägen des preussischen Bundestagsgesandten folgte, sodaß nicht zuviel gesagt wird, wenn wir behaupten, der letztere sei schon damals der leitende Geist in der auswärtigen Politik Preußens, wenigstens in deren Hauptfragen, gewesen. Als er dann weg war, fern an den Ufern der Nawa, und der neue Minister zeigen sollte, was er konnte, kam nur schwächliche Befähigung zu Tage, und während des italienischen Krieges von 1859 war man in Vergessenheit dessen, was Bismarck so oft und so klar hervorgehoben hatte, in Berlin nahe daran, eine große Thorheit zu begehen, die sich schwer hätte wieder gut machen lassen.

Wir lassen nun die oben angekündigten Auszüge folgen, wobei wir uns vorzüglich an die zweite Hälfte unsrer Denkschrift halten, und geben schließlich in kurzen Worten die Moral wieder, die der Verfasser selbst am Ende aus seinen Erfahrungen und Darlegungen zu ziehen sich genötigt sieht.

Bis zum Jahre 1848 ließ Österreich . . . im allgemeinen die preussische Politik in Deutschland gewähren und nahm als Kaufpreis für diese Konzession die Unter-

stüzung Preußens in europäischen Fragen entgegen. In Deutschland begnügte sich das Wiener Kabinet, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß Preußen den ihm überlassenen Spielraum nur innerhalb gewisser Grenzen nutzbar mache. Zu diesem Behufe wurde insbesondere der Geschäftskreis des Bundes auf wenige und verhältnismäßig unwichtige Angelegenheiten beschränkt, das Widerspruchsrecht und die Unabhängigkeit der einzelnen Regierungen aber mit Schonung gepflegt. Angelegenheiten, über welche Preußen und Oesterreich nicht einverstanden waren, gelangten nicht zur Verhandlung, eine aus den Protokollen ersichtliche Meinungsverschiedenheit beider Großmächte gehörte zu den Seltenheiten, ein offener Streit ihrer beiden Vertreter in den Sitzungen war etwas unerhörtes und wurde als Gefahr für das Bestehen des Bundes unter allen Umständen vermieden. . . Der Gedanke, daß wichtige Meinungsverschiedenheiten durch Majoritätsbeschlüsse am Bunde zur Entscheidung gebracht werden könnten, lag so fern, daß das Wiener Kabinet den Präsidialgesandten nur mit langen Unterbrechungen in Frankfurt anwesend sein und die Vertretung der österreichischen Interessen auf Jahr und Tag in den Händen des preussischen Gesandten ließ. . .

Die Führung des Präsidiums durch Preußen, sowie die lange Dauer der ungestörten Einigkeit beider Kabinette in Betreff der Bundesangelegenheiten haben nicht wenig dazu beigetragen, die Überlegenheit des Präsidiums in der Bundesversammlung auszubilden.

Ein ganz andres Bild gewähren die Verhandlungen am Bundestage seit der Reaktivirung im Jahre 1851. Der Fürst Schwarzenberg nahm den Plan auf, die Hegemonie über Deutschland, zu welcher Preußen durch die konstituierenden Versammlungen und die Unionsversuche nicht hatte gelangen können, für Oesterreich durch die Mittel zu gewinnen, welche demselben die bestehende Bundesverfassung bietet. Der Gedanke lag nahe, nachdem Oesterreichs innere Organisation eine Richtung genommen hatte, in welcher dauernde Erfolge nur durch Anlehnung an Deutschland behufs Kräftigung des verhältnismäßig wenig zahlreichen deutschen Elements im Kaiserstaate erreicht werden konnten. Die Durchführung des Planes war möglich, wenn es Oesterreich gelang, sich der Majorität am Bunde auf die Dauer zu versichern und demnächst die Kompetenz des Bundes und seiner Beschlüsse zu erweitern, und wenn Preußen die Macht oder der Wille fehlte, erfolgreichen Widerstand zu leisten. Der Augenblick war für eine solche Konzeption ein sehr günstiger. Oesterreich konnte nach seinen intimen Beziehungen zu Rußland auf dessen Unterstützung für seine deutsche Politik rechnen und hatte mit dem in Frankreich neu entstandenen Kaisertume Verbindungen angeknüpft, welche gegen das Lebensende des Fürsten Schwarzenberg Besorgnisse vor einer engen Allianz der drei Kaiser im Gegensatze zu Preußen und England hervorriefen. Die große Mehrzahl der deutschen Regierungen, erschreckt durch die Revolution und die aus derselben entspringende Gefahr, einen Teil ihrer Souveränität an Preußen zu verlieren, lehnte sich bereitwillig an Oesterreich an. Letzteres konnte die Bundestagsgesandten der im Jahre 1850 in Frankfurt zusammentretenden Regierungen ziemlich selbständig ernennen und suchte dazu solche Männer aus, welche durch ihre Personalverhältnisse und ihre Vergangenheit an das österreichische Interesse gekettet waren. Oesterreich durfte der Majorität in der Bundesversammlung auf längere Zeit hinaus sicher sein. . . Die Eifersucht, mit welcher das zweihundertjährige Wachsen des preussischen Königshauses einen großen Teil der andern deutschen Fürsten erfüllt, wirkt bei diesen in derselben Richtung wie die Furcht vor Preußens Machtvergrößerung auf ihre Kosten.

Zur Erhaltung und Förderung dieser Stimmungen hat Oesterreich mannichfache, nur ihm zu Gebote stehende Mittel. . . Schon aus altbergebrachter Gewohnheit geht der Adel der süd- und mitteldeutschen Staaten in österreichische Dienste; die Kleinheit seiner heimischen Verhältnisse bietet nur zu beschränkter Laufbahn Aussicht, und die in Oesterreich zu einem mäßigen Fortkommen erforderlichen Anstrengungen und Kenntnisse beschränken sich auf ein geringeres Maß als in den übrigen Bundesstaaten. Diesen Dispositionen kommt Oesterreich bereitwillig entgegen. Sobald Angehörige eines einflussreichen Beamten, eines Ministers oder Gesandten in dem Alter sind, daß über die Wahl ihrer Laufbahn entschieden werden kann, finden sie sich von österreichischen Werbern mit glänzenden Versprechungen umgeben, und es kommt vor, daß sechzehnjährige junge Leute, welche niemals ein Regiment gesehen haben, Offizierspatente zugestellt erhalten, ohne daß noch darum gebeten worden ist. Einmal in Oesterreich angestellt, dienen dieselben als Geißel für die Ergebenheit ihrer Väter und demnächst zur Erhaltung der Beziehungen Oesterreichs zu ihren in Deutschland bei den Höfen und im Staatsdienst angestellten Verwandten. Unter den Bundestagsgesandten hängen die von Sachsen, Darmstadt, Nassau-Braunschweig und der sechzehnten Stimme mehr an Oesterreich als an der eignen Regierung und dienen erstern, so viel sie können, durch alle ihre amtlichen Handlungen, insbesondere durch parteiische Berichterstattung. . . Der bairische Bundestagsgesandte ist ein gewissenhafter Charakter, aber auch ihn bewegen seine österreichischen Familienverbindungen und sein auf die Politik übertragener Katholizismus in der Richtung, daß er unwillkürlich österreichischen Sympathien folgt. In ähnlichen Verhältnissen steht eine große Anzahl der Minister und Hofbeamten in den kleinern Staaten, und Oesterreich spart keine Mühe, in der Umgebung des Fürsten bei eintretenden Vakanzn ihm ergebene Personen anzubringen. Ein Blick auf den Gothaischen Grafen- und Freiherrnkalender liefert den Beweis, in welchem Maße die nächsten Angehörigen der deutschen Hof- und Staatsmänner dem kaiserlich königlichen Dienste verpflichtet sind, und selbst in Preußen finden Beziehungen der Art statt, welche es für Oesterreich wenigstens erleichtern, über alle intimen Vorgänge gut unterrichtet zu sein. . .

Wo Beziehungen der Art fehlen, setzt Oesterreich Mittel in Bewegung, um sie zu schaffen. Es belohnt seine Freunde mit derselben Konsequenz, mit welcher es denen, die ihm Widerstand leisten, zu schaden und sie zu beseitigen sucht. Schon der Umstand, daß ein Gesandter sich dazu hergiebt, Aufträge seiner Regierung ohne Scheu und Rücksicht auf Oesterreich auszuführen, reicht hin, um ihm Verfolgung zuzuziehen. Man behandelt ihn unhöflich, sucht ihn zu reizen, sammelt sorgfältig alles, was sich bei seiner eignen Regierung gegen ihn anbringen läßt, um seine Stellung zu untergraben. . . Ist ein solcher Gesandter nicht aus dem Sattel zu heben, weil ihn sein vorgesetzter Minister schätzt, so richtet das Wiener Kabinet seine Angriffe gegen den Minister selbst und sucht ihm das unabhängige Handeln und die Absicht, nur seinem eignen Monarchen zu dienen, zu verleiden. Oesterreich verbindet sich gegen ihn mit jeglicher Opposition im Lande, mit jedem Nebenbuhler. Alle vorhandenen Unzufriedenheiten, selbst die der Untergebenen des angefeindeten Ministers, werden ins Gesecht gezogen, und die erfahrungsmäßig sichere Verschwiegenheit und Geschicklichkeit österreichischer Intriguen erleichtert manchem den Entschluß, sich zu Verbindungen herzugeben, welche dem Landesverrate nahe verwandt sind. . .

In allen deutschen Staaten stehen dem Wiener Kabinet die Hilfsmittel zu Gebote, über welche die politischen Leiter der katholischen Kirche disponiren. Auch

da, wo die Masse der katholischen Bevölkerung zu einer Unzufriedenheit mit ihrer Regierung keinen Grund fühlt, sind doch die obern und intellektuellen Leiter der katholischen Politik den protestantischen Regierungen feindselig und bereit, den Interessen der österreichischen Regierung mit ihrem Einfluß auf Staat und Volk zu dienen. In allen katholischen Kammeroppositionen tritt die Hinneigung zu Österreich von Zeit zu Zeit offen an den Tag und lassen sich die Einflüsse Österreichs auf die Haltung „katholischer“ Parteien gegen deren eigne Landesregierung erkennen. Die Presse der Ultramontanen kämpft für Österreich mit verstärktem Eifer seit Abschluß des Konkordats; noch bedeutender aber ist der Einfluß, den Österreich sich für Geld in der Presse geschaffen hat. Schon bald nach Herstellung der Ordnung im Lande setzte der Fürst Schwarzenberg viel höhere Summen als früher für die Vertreter der österreichischen Politik in der europäischen und insbesondere in der deutschen Presse aus. Gewiß ist, und wenn es nicht ohnehin bekannt wäre, so würden es die von Herrn v. Prokesch verlorenen Papiere*) urkundlich beweisen, daß Österreich durch die Herren Hock, Lakenbacher und andre die Redaktionen deutscher Blätter wie durch Handlungsreisende beschickte**) und mit fast allen wichtigeren unter ihnen Verträge schloß, durch welche sich einige ganz und zu jeder beliebigen Benutzung an Österreich verkauften, die meisten aber sich bereit finden ließen, gegen bestimmte jährliche Subventionen oder gegen Bezahlung von Insertionskosten Artikel aufzunehmen, welche ihnen von den zahlreichen und zum Teil sehr fähigen Literaten geliefert werden, die Österreich in Sold genommen und unter gemeinsame Oberleitung eines Büreaus gestellt hat. . . Die Aufgabe, welche die Presse vorzugsweise zu erfüllen hat, ist die, Österreich als den ausschließlichen Vertreter deutscher Einheit und deutscher Interessen darzustellen und zur Anschauung zu bringen, daß nur Österreich die Macht und den Beruf habe, den gesunden und bessern Teil der Gedanken, welche in der revolutionären Zeit das Volk bewegten, ins Leben zu führen, und daß Österreich sich hierzu des Bundes als des verfassungsmäßigen Werkzeuges bediene. . .

Ferner stehen den Bestrebungen Österreichs in ganz Deutschland, besonders aber im Süden und Westen, die Sympathien der Mehrheit unter den Industriellen und Geldmännern zur Seite, welche auf verschiedenen Wegen Vorteile von Österreich ziehen oder von dessen Zollsystem erwarten. Gerade eine der schwächsten Seiten dieses Kaiserstaates, nämlich sein Finanzsystem, ist für denselben eine erhebliche Quelle politischen Einflusses. Wie der Arzt an einem Kranken, der ihn gut bezahlt, so hängen die Kapitalisten an Österreich. Die unverhältnismäßige Höhe der österreichischen Staatsschulden bringt es mit sich, daß die Anzahl der Besitzer österreichischer Wertpapiere sehr groß ist, und der hohe, durchschnittlich sechs- bis siebenprozentige Zinsfuß derselben, der aus ihrem niedrigen Kurse hervorgeht, lockt zu Kapitalanlagen in österreichischen Schuldpapieren umsomehr an, als von Wien aus kein Mittel versäumt wird, diesen Papieren den Absatz im Auslande zu öffnen und zu erhalten. Man gewährt den Inhabern jede Erleichterung, ihre Zinsen unverkürzt im Auslande zu beziehen, während beispielsweise ein Besitzer preussischer Staatspapiere bei dem Mangel analoger Einrichtungen mannichfachen Abzügen, Verlusten und Weitläufigkeiten ausgesetzt ist, um zu seinen

*) Dieselben befanden sich in einem von dem Freiherrn verkauften Sekretär, und es waren darunter Konzepte zu stark antimonarchischen Zeitungsartikeln von der Hand desselben, deren Ursprung man bisher im demokratischen Lager gesucht hatte.

**) In Leipzig war der verstorbene Dr. Schellwitz eine Zeit lang Redakteur verschiedener Blätter, ein eifriger Preßböldling Österreichs.

Zinsen zu gelangen. Durch seine Betriebsamkeit und den hohen Zinsfuß weiß Oesterreich die Unsicherheit seiner Staatsschulden im Vergleich mit den preussischen mehr als aufzuwiegen, und es erreicht dabei zwei Vorteile: einmal hilft es durch ausländisches Kapital dem Mangel im Inlande ab, dann aber, was hier hauptsächlich in Betracht kommt, wird jeder Besitzer österreichischer Staatspapiere ein politischer Anhänger Oesterreichs in demselben Maße, wie sein Vermögen von dem Wohlergehen, den Erfolgen und dem darauf begründeten Kredite dieses Staates abhängig gemacht worden ist. Die Frankfurter Geldinstitute, welchen die österreichischen Zinszahlungen anvertraut sind, vermögen Aufschluß darüber zu geben, wieweit diese Grundlage österreichischer Sympathien reicht, nachdem die Verwalter so mancher fürstlichen Privatvermögen aus dem hohen Zinsfuße ein Motiv zu Geldanlagen in Metalliques oder Nationalanleihe entnommen haben. . .

Beispiele, daß Oesterreich alle diese Fäden seines Einflusses anzieht, um den Widerstand eines deutschen Ministers zu brechen, sind nicht selten. Bei vielen dieser Herren ist an und für sich das Gefühl für Pflicht und Unabhängigkeit schwach genug, um einer klugen Erwägung des eignen Vorteils das Feld zu räumen, und reicht ein einmal gewonnener Überblick der Angriffsmittel Oesterreichs hin, um sie zu der Einsicht zu bringen, daß es wohlgethan ist, den Wiener Wünschen Rechnung zu tragen. Andre, wie Herr von Meyhenbug, der Fürst Wittgenstein, der frühere Minister von Baumbach in Kurhessen, Graf Kielmannsegg in Hannover und manche in kleineren Staaten gehören von Haus aus und ohne Zwang dem österreichischen Lager an. Die Herren v. d. Pfordten und von Beust aber haben manchen Versuch gemacht, sich zu emanzipiren, und in den letzten Jahren sovieler Verletzungen und Demüthigungen von Wien aus erfahren, daß sie persönlich die bittersten Gefühle gegen den Grafen Buol hegen. Der württembergische Minister von Hügel hatte kurz vor seiner Ernennung mancherlei Unannehmlichkeiten in Wien zu ertragen gehabt, man hatte seine Abberufung von dort verlangt, und in der ersten Zeit seines Ministeriums gab er heftige Gereiztheit gegen Oesterreich und dessen Minister zu erkennen. Trotz alledem haben jene drei Minister niemals wagen dürfen, der österreichischen Politik entgegenzutreten, selbst nicht zu Zeiten und bei Gelegenheiten, wo sie dieselbe persönlich verurteilten und den Grafen Buol ziemlich laut für einen ebenso unfähigen als gefährlichen Menschen erklärten, der den Bund ruinire und Deutschlands ins Verderben führen werde. . .

Jeder deutsche Staat hat ab und zu ein Anliegen an den Bund, und nicht wenige kommen in die Lage, in Betreff ihrer wichtigsten innern Fragen zeitweise von Bundesbeschlüssen abhängig zu sein. Dann werden der an sich mächtige Einfluß des Präsidiums und die von Oesterreich bestimmbarren Majoritäten zu Instrumenten der Züchtigung oder Belohnung, je nachdem der beteiligte Staat sich früher gegen Oesterreich verhalten hat. Hannover, Württemberg mit seinen standesherrlichen Beschwerden, Kurhessen, Oldenburg wegen des Bentinckschen Streites, Lippe haben diese Erfahrungen in den letzten Jahren durchgemacht, und Oesterreich hat sich bemüht, ihre Bunden solange als möglich offen und ihre Sache am Bunde schwebend zu erhalten. Durch die geschickte Benutzung aller dieser verschiednen Hilfsmittel wird ein Einfluß Oesterreichs auf die Regierungen der mittlern und kleinern Staaten des Bundes begründet, für dessen Unverwüßlichkeit ein besonders auffälliger Beweis in dem Umstande liegt, daß er durch das Verhalten des Wiener Kabinetts während der orientalischen Krisis und durch die Behandlung, welche die Regierungen vom Grafen Buol erfuhren, keinen merklichen Stoß erlitten hat. Der kaiserliche Minister ist damals mit den deutschen Staaten nicht wie mit Bundes-

genossen, sondern wie mit Vasallen umgegangen: um ihren Anschluß an Österreich zu erzwingen, wurde ihnen nicht nur direkt, sondern auch mit der Macht des Auslandes, mit dem Einmarsch französischer Truppen in ihre Staaten gedroht. . . Der heute fest an Österreich haltende Minister von Hügel erzählte beim Antritte seiner Stellung, daß Graf Buol ihm auf bescheidne Gegenvorstellungen erwiedert habe: Die deutschen Regierungen müßten sich daran gewöhnen, daß nur Österreich das Recht zu einer auswärtigen Politik habe; es werde für Württemberg rasam sein, sich das stets gegenwärtig zu halten, je früher Württemberg das lerne, desto besser. Dem sächsischen Gesandten von Kömeritz hat Graf Buol bei derselben Gelegenheit gesagt, daß Österreich auf die Kleinen drücken werde, bis Herr von Beust der Atem zum Widerspruch ausgehe. Durch die geheime Zirkulardepesche vom 14. Januar 1855 erklärte Österreich allen deutschen Regierungen, daß es ihm auf Sprengung des Bundes zur Durchführung der Wiener Politik nicht ankomme, und forderte die einzelnen auf, unabhängig und eventuell im Widerspruche mit den Bundesbeschlüssen in ein separates Kriegsbündnis mit Österreich zu treten, als dessen Resultat den sich dem Anschließenden, nach Maßgabe der Truppenzahl, die sie dem Kaiser von Österreich zur Disposition stellen würden, Vorteile verheißen wurden, die nur auf Kosten der nicht beitretenden Genossen des deutschen Bundes gewährt werden konnten. Wenn Preußen in analogen Fällen nur den mäßigsten Versuch zu einem ähnlichen Verfahren mit den deutschen Bundesgliedern gemacht hätte, so würde die Entrüstung der mittelstaatlichen Regierungen über bundeswidrige, anmaßliche und gewalthätige Separatbestrebungen und über die verletzende Form derselben noch heute nicht besänftigt sein, während Österreich über die Staatsmänner und Regierungen, welche es beleidigt und mißhandelt hat, seinen Einfluß längst wiedergewonnen hat und über ihre Stimmen am Bunde disponirt.

Im Besitze der Macht, Majoritätsbeschlüsse der Bundesversammlung ziemlich sicher herbeizuführen, jedenfalls solche, welche unbequem sind, zu verschleppen und zu hindern, hat Österreich sein Bestreben natürlich darauf gerichtet, den Wirkungskreis des ihm dienstbaren Instruments zu erweitern. Es ist zu diesem Behuf erforderlich, mehr und wichtigere Gegenstände als vor 1848 in den Kreis der Bundesgesetzgebung zu ziehen, dann aber auch bei Beschlußnahme über dieselben das Widerspruchsrecht der Einzelnen und der Minoritäten zu beseitigen und für Majoritätsbeschlüsse eine erweiterte Kompetenz zu gewinnen.

Mit diesem Bestreben geht das der meisten Bundesstaaten, ganz abgesehen von dem Einflusse, welchen Österreich auf sie übt, vermöge ihrer eignen Interessen vollständig Hand in Hand. . . In jeder Bundesversammlung spricht jeder von ihnen ebenso laut und hat ebensoviel Stimmrecht wie Preußen, und insoweit sie zusammenhalten, geben sie den Ausschlag in den so häufig vor ihr Forum gezogenen Streitigkeiten Preußens mit Österreich. Es ist zu verwundern, wenn sie sich für die Befestigung und Ausbildung eines Instituts mit interessiren, in welchem sie mit einem vergleichungsweise so geringen Aufwande nicht nur Sicherheit, sondern einen Zuwachs von politischer Wichtigkeit erlangen. . . Sollte der Bund in Not geraten und opfermüthige Leistungen bedürfen, so kann der Abfall immer rechtzeitig vollzogen werden. Sobald die Feinde des Bundes stärker als wir erscheinen, werden diejenigen Bundesstaaten, denen die freie Entschließung nicht durch die Gegenwart überlegener Streitkräfte anderer verkümmert wird, schwerlich den Beruf fühlen, ihre Existenz einer idealistischen Bundestreue zu opfern, sondern sie werden sich alsdann verbunden glauben, ihrem Lande vor allem die Erhaltung der angestammten Dynastie zu sichern, und ihre Regierungen werden in landesväterlicher

Weisheit den richtigen Moment ermessen, wo die Sorge für das Wohl ihrer Unterthanen ihnen den Übergang zum Feinde zu einer schmerzlichen, aber unabweislichen Pflicht macht. Diese eventuelle Aussicht hält sie aber nicht ab, für die Dauer der Zeit, wo sie dem Bunde angehören, in demselben alle ihre Rechte eifrig auszuüben und durch ihn einen möglichst hohen Grad von Einfluß und Wichtigkeit zu erstreben. Wenn für die Thakraft eines süd- oder mitteldeutschen Staatsmannes das Gebiet des eignen Landesherrn einen ausreichenden Spielraum nicht gewährt, so wird derselbe gern eine Befriedigung seines Ehrgeizes in der Bestrebung suchen, durch die Organe des Bundes auch auf die siebenzehn Millionen Preußen, auf die vierzig des Bundes oder die siebenzig des mitteleuropäischen Reiches einen vermöge der eignen überlegnen Befähigung jedenfalls hervorragenden Einfluß zu gewinnen. Geister höherer Ordnung vermögen in den engen Verhältnissen kleiner Staaten keine Befriedigung zu finden, und wenn Herr von Beust auf den Dresdener Konferenzen den Grafen Buol geleitet hat, so traut er sich wohl auch zu, in Gemeinschaft mit dem kaiserlichen Minister Deutschland zu leiten, wenn nur der Bund, das Werkzeug ihrer Aktion, mehr über die einzelnen Regierungen zu sagen hätte.



Kohlensteuer.



Das deutsche Reich muß mehr als bisher auf sich selbst gestellt werden. Es bedarf, wenn es zu haltbaren Zuständen gedeihen soll, einer organischen Gestaltung, wie sie im Pflanzenleben wahrzunehmen ist. Gleich dem Baume, dessen Stamm auf starken Wurzeln ruht und aus diesen die für die Entwicklung seiner Zweige notwendigen Säfte zieht, muß auch das Reich so organisiert werden, daß es zum Sammeln und Verteilen der gemeinsamen Kraft befähigt ist. Dieser Gedanke lag dem beabsichtigten Tabaksmonopol zu Grunde. Wer nicht gerade vom Tabak lebt oder im Konstitutionalismus die vornehmste Bedingung der allgemeinen Wohlfahrt erblickt, kann die Ablehnung dieses Projekts nur bedauern. Nur wenige Verbrauchssteuern sind so gerechtfertigt und auch so erträglich wie die mit dem Tabaksmonopol verknüpfte; sie betrifft ein dem Lebensunterhalt entbehrlisches Genüßmittel, welches zwar auch von dem armen Manne geliebt wird, durch das Monopol jedoch schwerlich verkümmert werden würde, denn schlechteres Kraut, als ihm gegenwärtig für sein gutes Geld geboten wird, kann und wird ihm auch das Reich nicht zumuten. Und zieht man in Betracht, daß das Reich mit dem Monopol zugleich die zur Verbesserung der sozialen Lage der Handarbeiter erforderlichen Mittel zu gewinnen gedachte, so sollte man meinen, daß diesen menschenfreundlichen Rücksichten alle konstitutionellen Bedenken hätten weichen müssen. Sicher ist, daß das politische wie soziale Gleichgewicht